

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Fritz Krensch
Druck u. Verlagsanstalt
H. Krensch & Co. in
Auerbach
Telegraph. - A. 1022
Kriegsbrief-Adressen
Auerbach
Telegraph. - A. 1022

Verlagspreis: Durch unsere Seiten hat das Blatt monatlich 4.00 Mark. Bei den Geschäftsstellen abgeholt monatlich 3.00 Mark. Bei den Postämtern monatlich 3.50 Mark, monatlich 4.00 Mark. Vierteljährlich 12.00 Mark, halbjährlich 22.00 Mark, jährlich 42.00 Mark. Die Zusendung ist im Voraus zu bezahlen. Bei den Geschäftsstellen und Briefträgern nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 12.

Sonnabend, den 15. Januar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Am 11. Januar neu zusammentretende Ausschüsse für Auswärtiges wird sich wahrscheinlich Verhandlungen zufolge mit den Deutschen Wiedergutmachungsvorschlägen an die Alliierten begeben.

Auch unter den Eisenbahnbeamten hat sich anscheinend eine ruhigere Auffassung Platz gefangen. Die beiden bisherigen Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten sind aus dem Schlichter-Ausschuß ausgeschieden.

Habas meldet am Freitag, daß die Brüsseler Sachverständigenkonferenz wahrscheinlich auch Ende Januar noch nicht zusammentritt, sondern auf Februar verschoben werden sollte.

Die Kabinettsbildung in Frankreich wird bereit übernommen, der ein großes Ministerium der nationalen Einigung zu bilden beabsichtigt.

Betrachtungen zu den Kohlenverhandlungen mit der Entente.

W. W. Das Kohlenabkommen von Spa war nicht weiter als ein höchst gewinnbringendes Geschäft für Frankreich, das Deutschland auf Grund des Friedensvertrages abgekauft worden ist. Frankreichs Industrie erzieht auf Kosten des gesamten deutschen Wirtschaftslebens Kohle in ausreichender Menge und zu einem Preise, der trotz des bekannten 5 Goldmark-Zuschlages für die bessere Ernährung der deutschen Bergarbeiter weit hinter dem Weltmarktpreis zurückbleibt. Inzwischen hat sich die Lage auf dem Weltkohlenmarkt völlig geändert. Infolge der Weltkrisis auf dem Weltmarkt, durch die besonders Amerika und England schwer getroffen sind, ist der Weltbedarf an Kohle stark gesunken. Amerika und England sind daher gezwungen, ihre stark vermehrte Kohlenförderung mangels Inlandsbedarf zu exportieren. Zunächst boten die Amerikaner den Franzosen und Belgiern Kohle zur Hälfte des bisherigen Preises an, während sie gleichzeitig bei dem reichlichen Angebot von Schiffraum die Frachtkosten erheblich herabsetzten. England mußte ihnen hierin nachfolgen, um den Wettbewerb aufrecht erhalten zu können. In Folge mit dem niedrig gehaltenen deutschen Inlandskohlenpreis will England konkurrieren, nur ist für die Einfuhr die Erlaubnis des deutschen Reichskommissars schwer erhältlich. Zur Zeit sind die Preise für englische und amerikanische Kohle niedriger als im Herbst 1919 vor der großen Preissteigerung.

Tennoch stößt der Kohlenablass Amerikas und Englands nach den wichtigsten Verbrauchsländern, Frankreich und Belgien, auf immer größere Schwierigkeiten, weil auch diese Gebiete infolge der Wirtschaftskrisis geringen Bedarf haben und weil sie durch die deutschen Spa-Befreiungen überreichlich versorgt werden. Nach den Angaben des französischen Ministers Le Troquer hatten bereits Anfang September 1920 die französischen Eisenbahnen die normale Vorkriegsreserve von 800 000 Tonnen Kohle, die französischen Gasanstalten sogar eine solche von 900 000 Tonnen. Diese Mengen die von französischer Seite später abgelehnt wurden, hätten sich inzwischen noch erhöht haben. Daher ist es weiter nicht verwunderlich, daß die Franzosen seit einiger Zeit die Spa-Kohle unter der Hand in Deutschland verkaufen, was sie allerdings bestritten. Das Geschäft wird nämlich in der Weise gemacht, daß ein Ausländer — im Westen ein Franzose oder Belgier, in Ostschlesien ein Pole — die Kohle kauft und dieser sie an die deutsche Industrie weiterverkauft, ohne daß die Kohle Deutschland verlassen hätte. Diese Entwicklung des Kohlenmarktes birgt zwei Gefahren für die Franzosen. Einmal erhält die deutsche Industrie, die zu Gunsten der Franzosen jetzt mehr denn je niedergehalten werden soll, mit der Zeit reichlicher Kohlen und kann dadurch auf dem Auslandsmarkt in Wettbewerb treten. Dann aber müssen durch das vermehrte Angebot auch die Weltmarktpreise sinken, was das Geschäft mit der Spa-Kohle für die Franzosen unlohnend macht. Damit ist ihnen ihre Haltung bei dem künftigen Kohlenabkommen vorgeschrieben. Sie wollen einmal die Alliiertenlieferungen auf 2,2 Millionen Tonnen im Monat erhöhen, um die deutsche Industrie in der Hand zu behalten, gleichzeitig aber den Abnahmepreis herabsetzen, insbesondere durch Fortfall des Zuschlages von 5 Goldmark. Die nicht transportable Kohle soll im Ruhrkohlengebiet zu großen Bergen aufgeschichtet werden und den Franzosen und Belgiern bei Bedarf zur Verfügung stehen. Mit diesen Bestrebungen haben sich aber diesmal die Franzosen in Gegensatz zu den englischen und amerikanischen Kohleninteressen. Es werden daher nicht nur nach außen den Widerstand Deutschlands, sondern auch Widerstände bei den Verbündeten zu überwinden haben.

Die erhöhte Kohlenforderung.

Die Agence Habas meldet: Die deutschen Kohlenlieferungen im Dezember auf Grund des Spa-Protokolls beliefen sich auf 1 695 000 Tonnen. Davon erhielten Frankreich 1 220 186, Italien 172 002,

Belgien 288 685 und Duzenburg 95 888 Tonnen. Das nähere Programm für die kommenden Februarlieferungen wurde am 10. Januar der Kriegslastenkommission übermittelt. Das Programm sieht für Februar und März je 2 200 000 Tonnen Kohlenlieferungen vor, für welche weder die Prämienzahlung von 3 Mf. an Deutschland gelten soll, noch die Vorschriften, welche nach dem Spa-Protokoll vom August 1920 bis Januar 1921 zu gelten waren. Zum Ausgleich des Lieferungsdefizits gegenüber den Vorschriften des Spa-Protokolls soll Deutschland sich verpflichten, Erzeugungslieferungen mit Vorzug in Höhe von monatlich 250 000 Tonnen auszuführen.

Die einundvierzig Fragen.

Ne. Wie man jetzt indirekt feststellen Gelegenheit hat, trifft die Meldung eines englischen Zeitungsdirektors aus Berlin zu, wonach der deutschen Regierung im Zusammenhang mit den Brüsseler Verhandlungen ein umfangreicher Fragebogen mit nicht weniger als 41 Punkten vorgelegt worden ist. Diese Fragen betreffen in der Hauptsache die finanzielle und wirtschaftliche Lage des deutschen Reiches, die Gefahren, die in ihr beschlossen liegen und die Hoffnungen, die man unter Umständen an eine Wiederherstellung denken kann. Wir vernehmen jetzt, daß die Reichsregierung die in Frage kommenden Regierungstellen mit der Ausarbeitung der Antworten auf diese 41 Fragen beauftragt hat, und daß das betreffende Material jetzt zur Uebersendung bereit vorliegt. Die deutsche Verantwortlichkeit wird also in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, zu erfahren, wie die Reichsregierung den Wissensdurst der Entente stillen will. Zunächst werden die Antworten auf mehrere der einschneidenden Fragen mitgeteilt, und man darf sagen, daß dabei Angaben gemacht werden, die auch für das deutsche Volk von größtem Interesse sind. Frage eins und zwei der Entente betreffen den Umfang des Papiergeldumsatzes in Deutschland und will wissen, welche Maßnahmen die Reichsregierung zu seiner Verminderung und Deckung eingeschlagen hat und einschlagen gedenkt. Die Beantwortung bewegt sich naturgemäß in finanztechnischen Bahnen, für die nicht jeder das erforderliche fachliche Wissen mitbringen wird. Aber trotzdem wird klar ersichtlich, daß an einen Abbau des Notenbruders trotz aller Anstrengungen bis auf weiteres nicht zu denken ist. Das ist unter anderem auf Fänge zurückzuführen, wie die Devaluierung von Geldnoten, d. h. das Sinken, das von westen Kreisen, besonders der ländlichen Bevölkerung, betrieben wird. Darüber hinaus aber kommt auch hier wieder die Armut von der Boverteich her, d. h. es wird ausgesührt, daß solange nicht durch bessere Hilfe von außen her die Finanzlage des Reiches an und für sich von Grund auf gebessert wird, auch an eine Verminderung des Papierumsatzes nicht herangegangen werden kann. Sehr bemerkenswert sind dann bei Gelegenheit dieses Bezugs anderer Fragen die von der Reichsregierung und dem Reichsfinanzministerium gemachten Mitteilungen über die bisherigen Erträge der neuen Steuern. Man wird es mit einigen Erstaunen vernehmen, aber es steht nun einmal fest, daß die Reichsregierung mit dem Einkommen aus Steuern verhältnismäßig zufrieden ist. Selbstverständlich ist das mit dem Bekannteren Adressen Satz zu verstehen. Immerhin aber werden wir mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß einzelne der Steuern sogar über den Vorschlag hinaus günstige Resultate haben werden, und daß die Einnahme und Befragung der anderen im wesentlichen auf gutem Wege ist. Daran wird also klar ersichtlich, daß die Reichsregierung und das deutsche Volk ihrerseits alle Anstrengungen machen, um den Etat zu balancieren und die Finanzverhältnisse auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Aber noch weit klarer wird, daß auch hier die Einschränkung gilt, die für den Papiergeldumlauf gilt: eine gesunde deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik ist nur möglich, wenn die Entente und vor allem Frankreich sich über die unumgänglichen Voraussetzungen dafür klar werden und demgemäß handeln.

Kommunalwahlen und Demokratie.

—m. Dem Auer Tageblatt wird geschrieben: Im Laufe des Dezember haben in einer Reihe von Orten und wenn er seinen Unterhalt seine Straßenbahn, seine Gemeindefestlichkeiten stattgefunden. Wir nennen drei: Chemnitz, Auerbach i. B. und Falkenstein. Die Ergebnisse sind nach verschiedenen Richtungen hin bemerkenswert. Zunächst hat sich, wie schon bei den Landtagswahlen vom 14. November, überall das Verhältnis zugunsten der bürgerlichen Parteien geändert. In Chemnitz, wo die sozialdemokratische Mehrheit bleibt, ist sie von 37 auf 33 (darunter acht Kommunisten) gesunken, das Kollegium zählt im ganzen 80 Mitglieder. In Falkenstein wie in Auerbach i. B. aber wurden die sozialdemokratischen Mehrheiten in den Stadtverordnetenkollegien gebrochen. In Auerbach ist im ganzen 21 Stadtverordnetenämtern, von denen die Sozialdemokraten bisher 11 innehatten, fielen die bürgerlichen Mandate von 10 auf 14; die Sozialdemokraten retteten 4, die Unabhängigen erlangten 3. Beachtens-

wert ist ferner die Verschiebung innerhalb der bürgerlichen Parteien seit der Landtagswahl. In Falkenstein traten die beiden Rechtsparteien, die bei den Landtagswahlen zusammen 1829 Stimmen erlangten, in den Stadtverordnetenwahlen unter eigenen Firmen nicht auf. Ihre Stimmen sind diesmal unter den 2228 Parteilosen mit enthalten. In Auerbach fielen gegen die Landtagswahl die Stimmen der Deutschen Nationalen Volkspartei von 710 auf 819, im Chemnitz von 24 508 auf 28 278. Gleichzeitig sanken gegen die Landtagswahl die Stimmen der Deutschen Volkspartei in Chemnitz von 28 927 auf 19 758, also um ein Drittel; in Auerbach von 1490 auf 795, also auf die Hälfte. Die Stimmen der Deutschen Demokraten wuchsen gegen die Landtagswahl an in Falkenstein von 799 auf 817; in Chemnitz von 5488 auf 6592, also um ein Sechstel; in Auerbach, wo die Deutschen Demokraten nunmehr mit 8 Stadtverordneten die stärkste Fraktion bilden, von 1043 auf 1596, also um ein Drittel. Bei der Stadtverordnetenwahl in Meissen, die im November stattfand, errangen die Deutschen Demokraten 700 Stimmen mehr als zur Landtagswahl. Es ist also anzunehmen, daß sich die Wählerschaft mehr und mehr des Ernstes der Lage bewußt und die Wichtigkeit der demokratischen Politik erkennt. Das ist erfreulich im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung unseres Volkes, die nur möglich ist, wenn gleichzeitig soziale Ausgleichsarbeit geleistet wird. Und das ist weiter erfreulich im Interesse einer nationalen Staatsidee, für die die deutsche Demokratie mit Ernst und Tatkraft eintritt. Wird der demokratische Gedanke nicht, wie es bisher leider hier und da der Fall war, sabotiert, so kommen wir zur Stetigkeit im Staatspolitischen und im Wirtschaftlichen. Es liegt am Volksganzen, die Entwicklung in dieser Richtung zu fördern. Die künftigen Kommunalwahlen Ende 1920 sind ein gutes Vorzeichen für den endlichen Sieg der nationalsozialistischen deutschen Demokratie.

Kleine politische Meldungen.

Die neuen Steuerpläne. Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ist, wie dröhnlich gemeldet wird, die Junggeldersteuer angeregt worden; ihr Erträgnis würde jedoch nur gering sein. Welt höhere Erträge würden aus einer Erhöhung der Kohlensteuer, die bis zum 1. März gilt, aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer und aus der Einführung einer Zucksteuer kommen.

Die Deckung der neuen Beamtenzulagen. In der letzten Sitzung des Reichsministeriums wurde dem Vorschlag des Reichsministers zugestimmt, die neuen Beamten-Zugeldzulagen in Höhe von 8 Milliarden Mark ab 1. März durch entsprechende Steuern zu decken. Gegen eine Auszahlung vor der parlamentarischen Erledigung der Deckungsfrage erhob der Finanzdirektor Dr. Carl Einspruch.

Gegen den finanziellen Zentralismus. Die Zusammenkunft der Finanzminister der deutschen Bundesstaaten hat sich, wie nachträglich noch gemeldet wird, in einer Entschließung für die Wahrung der finanziellen Lebensnotwendigkeit der Bundesstaaten und gegen die allzu weitestgehende Selbständigkeit der Reichsregierung in Finanzsachen ausgesprochen.

Wieder Schwarzweißrot? Wie mitgeteilt wird, soll der Versuch gemacht werden, den Streit um die Reichsfarben im Interesse des inneren Friedens und der Geschlossenheit unseres Volkes endgültig aus der Welt zu schaffen. Die Deutsche Volkspartei hat bei den anderen Regierungsparteien angefragt, die Entscheidung der Frage einer Wiedereinführung des Schwarz-Weiß-Roten durch Volksentscheid herbeizuführen. Die anderen Regierungsparteien werden zu dieser Anregung sofort nach dem Zusammentritt ihrer Fraktionen Stellung nehmen.

Ausweisung Goethes aus Ober-Schlesien. Der frühere Reichsfinanzminister Reichsfinanzdirektor Gothe ist, nachdem die interalliierte Kommission seine Vorträge zweimal verboten hatte, jetzt aus Ober-Schlesien ausgewiesen worden. (Die schlesischen Reden deutscher Politiker werden verboten, doch Korstanty hebt ungestört weiter.)

Eine Ausländersteuer in Bayern. Die Einreise von Ausländern nach Bayern wird hinfür mit Gebühren belegt sein, analog wie dies längst die Schweiz und der Feindbund tun. Bayern wird eine Staffelung in der Weise vornehmen, daß bei den Ostern in einer Woche 5, in zwei Wochen 10 und 15 M. in einem Monat erhoben werden, bei den Ostern 20, 25 und 40 M., bei den übrigen Ausländern 100, 200 und mehr Mark.

Keine Denkschrift Lubendorffs über den Bolschewismus. Zur Meldung des Daily Telegraph, General Lubendorff habe an die Regierungen von Paris und London eine Denkschrift über den Bolschewismus geschickt, erfahren die Münchener Neuesten Nachrichten auf Anfrage von General Lubendorff, daß daran kein wahres Wort ist, und daß der General mit einer Denkschrift oder überhaupt einer Meinungsäußerung niemals an die fremden Regierungen herangeraten sei. Ebenso habe Lubendorff in keinem Meinungsaustrausch mit General Hoffmann, dessen kürzlich durch alle Blätter gegangenes Interview noch in aller Erinnerung ist.

Der Konflikt zwischen Sozialisten und Kommunisten. Gestern war das Ultimatum abgelaufen, das die kommunistische Partei den beiden sozialistischen Bruderparteien für die Beteiligung an der von ihr geplanten direkten Aktion gestellt hatte. Die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen haben abgelehnt. Die Rote Fahne versichert, die Aktion werde trotzdem geführt werden. Es gelte den Kampf um die Erhaltung der Arbeiter, und dieser Kampf müsse jetzt geführt werden.

Sperrung der polnischen Grenze. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, beabsichtigt die interalliierte Kommission, in den nächsten Tagen umfangreiche Maßnahmen zur Sperrung der polnischen Grenze zu treffen. Es werden nur noch einige besonders bezeichnete Übergänge, die unter strenger Aufsicht stehen, freigelassen werden.

Markt
Verkauf
!